

## Zur ZEIT Kommentar

### Brief aus Berlin

VON THOMAS HÜTTNER



Bild: Verlag

Ein Bericht über die Konversion von christlichen Schülern zum Islam aus Angst vor ihren muslimischen Mitschülern sorgt derzeit vor allem in

konservativen Kreisen für Aufregung. Immer mehr Eltern beschwerten sich darüber, dass ihre Kinder aus Angst zum Islam konvertieren. Laut Bild.de sagte ein Staatschützer, der anonym bleiben will, zu der Situation: ‚Meist treten die männlichen muslimischen Schüler auch sehr drohend und teilweise gewalttätig auf. Da entstehen regelrechte Parallelgesellschaften auf den Schulhöfen. Und wenn jetzt im Sommer erneut sehr viele Flüchtlingskinder in die Schulen kommen, wird die Situation noch brisanter.‘

Es ist also nun so weit: Die Scharia ist im Klassenzimmer angekommen. Dank aller Islamlobbyisten; dank der Mutter aller offenen Grenzen, Merkel; dank der Ampelregierung, die diesen Kurs fortsetzt.

Die bildungspolitische Sprecherin der AfD-Bundestagsfraktion, Nicole Höchst, weist in einer Presseaussendung auf diesen Umstand hin und hält fest, dass die AfD in diversen Anträgen aufgezeigt hat, wie man die Lage verbessern könnte. ♦



Bild: Archiv

Selbsthass: Claudia Roth 1990 bei einer Anti-Deutschland-Kundgebung

## „Nie wieder Deutschland“

### Claudia Roths grüne Geschichtspolitik löst Deutschland und die Deutschen auf.

VON BERND KALLINA

Dass Deutschlands grüne Partei, bei Umfragen zurzeit unter 15 Prozent liegend, kein positives Verhältnis zum eigenen Land hat und beziehungslos zu seiner historisch gewachsenen nationalen Identität sowie ihren Symbolen steht, hat sich inzwischen herumgesprochen.

Wenn Robert Habeck, immerhin bundesdeutscher Vizekanzler und grüner Wirtschaftsminister der Berliner Ampel-Koalition, öffentlich zu Protokoll gibt, dass er „Vaterlandsliebe stets zum Kotzen fand und mit Deutschland nie etwas anzufangen wusste“ und zwar „bis heute nicht!“, dann spricht das Bände über die immer wieder deklarierte anti-deutsche Gesamtausrichtung seiner Partei.

Jetzt wurde bekannt, dass eine der grünen Kulturstaatsministerin Claudia Roth unterstellte Behörde sich schon seit Herbst letzten Jahres umbenannt hat. Pikant dabei, wenn auch nicht überraschend: Aus dem „Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa“ wurde das „Bundesinstitut für Kultur und Geschichte im östlichen Europa“ (BKGD) also ohne „der Deutschen“.

Mit dieser gezielten Ausblendung der eigenen Landsleute setzt

**Die bewusste Ausblendung „der Deutschen“ ist Bestandteil politisch-semantischer Kriegsführung.**

Roth konsequent ihre Art „politisch-semantischer Kriegsführung gegen das Eigene“ fort.

Sie steht für eine – im internationalen Vergleich – singuläre Auffälligkeit, die als typisch für einen Großteil der 68er geprägten Grünen ausgemacht werden kann.

Rolf Stolz, einst Gründungsmitglied der Grünen, brachte seine Kritik an führenden Vertretern

seiner Partei mehrfach auf den Punkt und spricht von „Hass auf das Eigene!“

Beispiele: Erinnert sei hier nur an Roths Beteiligung an der Demonstration Anfang 1990 in Frankfurt am Main, also zu Zeiten der friedlichen Revolution in der untergehenden „DDR“. Da solidarisierte sie sich nicht etwa mit den Forderungen ihrer mitteleuropäischen Landsleute nach deutscher Einheit in Freiheit, sie marschierte vielmehr mit der Leitparole „Nie wieder Deutschland!“ ganz vorne mit.

Oder, anderes Beispiel: Ihre Teilnahme 2015 an einer Anti-AfD-Demonstration, auf der „Deutschland, du mieses Stück Scheiße!“ und „Deutschland verrecke!“ gebrüllt wurde. Von einer Distanzierung gegenüber diesen ordinären Hetz-Parolen ist bislang nichts bekannt geworden.

Geschichtspolitisch orientierte Umbenennungen gehören ins Arsenal grün-roter Kampfstrategie. An der Bewusstseinsfront zur Einflussnahme auf das Wahrnehmen, Denken und Fühlen der Bevölkerung im linken bis linksradikalen Sinn übt man sich immer wieder gerne.

Warum aber sollen Orientierungsbegrifflichkeiten wie „Deutschland und die Deutschen“ generell – und im hier vorliegenden Fall Mittel- und Osteuropas – zum Verschwinden gebracht werden?

Man dürfe nicht ignorieren, so schon vor Jahrzehnten Michael Stürmer in der FAZ (Ausgabe vom 25. April 1986), „dass in geschichtslosem Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet.“ Der tiefere Grund für derartige und verwandte Umbenennungen – auch Straßennamen gehören häufig dazu – besteht darin, dass ein historisch hergeleitetes, gar positives Selbstbild gesamtdeutscher

Ausrichtung seitens grün-roter Gesellschaftskonstrukteure nicht nur unerwünscht ist, sondern zerstört werden soll. Es steht dem politischen Gestaltungskonstrukt einer global-multikulturellen Regenbogen-Bevölkerung störend im Wege.

Hinzu kommt, dass die über 14 Millionen Deutschen aus den früheren Ostgebieten bzw. den Streusiedlungen Osteuropas eine durch völkerrechtswidrige Massenvertreibung bedingte Opfergruppe verkörpern. Doch das links-grüne Narrativ will Deutsche aber nur als „Tätervolk“ im Rahmen einer Dauer-NS-Vergangenheitsbewältigung sehen. „Deutsche Opfer“ passen da nicht ins selektive Weltbild! Insofern hat die mani-

pulative Ausgrenzungspolitik von Claudia Roth vielfältig scharfe Kritik ausgelöst. So sagt der Präsident des „Bundes der Vertrie-

**Lieblose Herabsetzung des eigenen Landes**  
**„Die Tatsache besteht, dass die deutsche Selbstkritik schnöder, bösariger, radikaler, gehässiger ist, als jedes anderen Volkes ... Eine schneidend ungerechte Art von Gerechtigkeit, eine zügellose, sympathielose, lieblose Herabsetzung des eigenen Landes nebst inbrünstiger, kritikloser Verehrung anderer ...**

Thomas Mann in seinen „Betrachtungen eines Unpolitischen“, 1918

benen“ (BdV), der aus Rumänien stammende Bernd Fabritius: „Für uns als Verband und viele unserer Mitglieder fühlt es sich so an, als habe man sich ‚der Deutschen entledigt‘ und wirke dadurch mit am Unsichtbarmachen eines originären Teils deutscher Geschichte.“ ♦



**Koran: Für zwei Drittel der moslemischen Schüler wichtiger als deutsche Gesetze**

Bild: Marzal Chaniago/Wikimedia Commons / CC BY-SA 4.0 DEED

## Koran über alles

Ein schockierendes Ergebnis brachte eine Erhebung des Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN). Wie die „Bild“-Zeitung berichtete, sind gut zwei Drittel der moslemischen Schüler (67,8 Prozent) der Meinung, „Die Regeln des Korans sind mir wichtiger als die Gesetze in Deutschland“. Befragt wurden rund 8.500 Schüler, das Durchschnittsalter lag bei 15 Jahren.

Auch andere Ergebnisse der Erhebung sollten zu denken geben. So bejahten 45,8 Prozent der moslemischen Schüler die Aussage, „ein islamischer Gottesstaat ist die beste Staatsform“. 51,5 Prozent meinen, nur der Islam sei in der Lage, die Probleme unserer Zeit zu lösen. Und immerhin noch fast ein Fünftel – 18,1 Prozent – halten Gewalt für gerechtfertigt, wenn es um die Verbreitung und Durchsetzung des Islam geht. (RED.)